

Halle, den 29. Januar.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung vom 28. Januar.

Am Magistratsfähle anwesend sind die Herren Oberbürgermeister Staube und Bürgermeister Schmalz, Stadtrat Dr. Heister, E. v. Holly, Stadtschulrat Dr. Fräse.

Der Vorsitzende, Hr. v. Holly, teilt zwei Eingaben mit: 1. Eine Vorlage von dem Baumeister Straube, welcher für den Umbau der Häuser Schulstraße 16-19 ein Stück von 150 m Breite Winterland zu erwerben gebädte, gegen die Abtretung von 3 m Vorderland, vom Magistrat abschlagig beizugehen ist; 2. Die Firma Ringler & Comp. bittet um Aufhebung des Beschlusses der Verammlung, wonach für die von ihr neben der Fabrik anliegende Zuchtanlage nur Häuser mit zwei Seitenfenstern gebaut werden sollen.

Die Eingabe von Ringler & Comp. wird abgelehnt, die von Straube wird angenommen. Die Sitzung beginnt mit der Einführung und Verpflichtung des Hrn. Arndt als unbesoldeter Stadtrat. Hr. Oberbürgermeister Staube vollzieht seine Sendung mit einer Ansprache an den Arndt, in der er die Hoffnung ausdrückt, derselbe werde mit seinen Erfahrungen der Stadt auch fernem zu dienen wie er dies als Stadtvorsteher gethan hat.

Hr. Arndt legt hierauf den Eideschwur ab, während die Verammlung sich erhebt, und er wurde dann von dem Vorsitzenden, Hrn. v. Holly, als Stadtrat begrüßt, worauf er selbst seinen Dank für die Wahl ausspricht und gelobte, sein Amt treu und gewissenhaft zu führen. 2. Hr. Justizrat Herzfeld berichtet über die durch Testamentsanerkennung des verstorbenen Vicar. B. Riebeck der Stadt zugetragene Erbschaft und den Antrag des Magistrats, daß sich die Verammlung mit der Annahme des Vermächtnisses einverstanden erklären wolle, weil dann erst die Ausschüttung des Vermögens zur Annahme der Erbschaft nachdrücklich werden könne.

Nach den Mitteilungen des Testamentsverwalters, Justizrat Schliekmann, befaßt sich der Betrag der Erbschaft auf etwa 2.632,44 M., wozu noch Mobilien kommen, die aber wohl mehr einen Wert für die Wissenschaft haben werden und noch nicht abgeteilt sind. Für sämtliche testamentarische Schenkungen hat die Stadt die Stempelfiskus zu tragen, welche etwa 100,000 M. betragen können. Die Schenkung der 'Wieschönung' für eine neue Straße am Hofe im Hofe zu raten, wozu der Magistrat eine besondere Vorlage in Aussicht gestellt hat. Keineswegs ist zu erwarten, daß durch die Schenkung die Steuerzahler entlastet oder irgendwelche andere Zweige der städtischen Verwaltung eine finanzielle Förderung erhalten sollen; nur die Armenverwaltung werde eine Entlastung erfahren und dadurch indirekt ein Nutzen für die übrige Verwaltung erwachsen.

Die Verammlung spricht sich hierauf für die Annahme der Schenkung aus und bejaht durch Erheben von den Händen noch mehr den Dank dafür. Der Hr. Vorsitzende rügt hinzu, daß es Sache der für die Verwaltung der Stiftung einzusetzenden Kommission sein werde, Vorstöße darüber zu machen, in welcher Weise der Name des Erblassers noch besonders der Stadt gekehrt werden solle.

Hr. Prof. Karnad hat in der letzten Sitzung den Antrag eingebracht: Das Bureau aufzurufen, in dem leitungsfähigen Geschäft in Verbindung zu treten, um während der Sitzung der Stadtverordneten-Verammlung in einem Nebenraum ein Buffet von kalten Speisen und Getränken vorzuzugestellt zu halten.

Der Hr. Antragsteller geht bei der Begründung seines Antrags zunächst auf die idersichere Seite des Antrags ein, da derselbe bei seiner Verlesung Heiterkeit in der Verammlung hervorgerufen hätte; doch hat er im in vollen Ernste gestellt und zwar im Zusammenhang mit der Verlesung in letzter Sitzung über die Inanspruchnahme des Sitzungssaales. Bei der meist überflüssigen Sitzung der Verammlung in einer ungemunden, überheizten Luft und mit kalten Jähren erhebe das Bedürfnis nach einer Stärkung nicht unanerkannt, wenn alle Herren mit der notwendigsten Frische und Kraft den Verhandlungen folgen sollen. Wäre man hingegen gegen die Stadtverordneten zu viel Opferwilligkeit haben müßte, daß er Hunger und Durst, Kälte und Hitze zu ertragen habe, so ist dies ein militärischer Standpunkt, den man von den meist älteren Herren nicht verlangen könne. Die Sache ist aber zwar neu, doch besteht eine solche Einrichtung für eine Restauration der Herren im letzten Sinne des Wortes vielfach bei größeren Körperlichkeiten für ihre Besichtigungen. Die Frage der Möglichkeit dieser Einrichtung in den jetzt zugewiesenen Räumen ist freilich wohl eine schwer zu lösende, und Mehrer bittet deshalb, unter allen Umständen den Antrag durch die Gesundheitskommission vorzubereiten zu lassen.

Die Herren v. Holly und Friedrich wünschen eine Beratung der Angelegenheit, für welche wohl ein Verhör notwendig erkannt werden könne, wenn gleich die Schwierigkeit der Ausführung in den gegenwärtigen Räumen nicht verkennen. Hr. v. Holly und Hr. v. Hillmann wollen ein solches Verhör nicht anerkennen. Die Sitzungen wähen meistens nur 2 bis 3 Stunden, während welchen keine Zeit ist das Buffet zu servieren. Man könne aber auch gegenüber dem Bismarck an eine solche Einrichtung nicht denken; dieselben haben vier und mehr Stunden zu arbeiten, ohne sich eine Erfrischung zu gestatten. Der Antrag wird dann gegen 2 Stimmen abgelehnt.

4. Die Vorlage der Erbauung einer neuen Volksschule in der Schillerstraße wie die in der Sitzungsbilanz im Bau befindliche Schule mit dem Kostenanschlag von 90,500 M. und die Erbauung einer Turnhalle für beide genannte Schulen zu einem Kostenanschlag von 18,558 M. wird unter der Voraussetzung der nachmaligen Vorlage der Einzelanschläge und Anschläge genehmigt und die Vorlage der Baukommission über Annehmungen an Sachplan und Verwertung von Grundstücken beschließen angenommen. Nach die Finanzkommission und sich mit den Anträgen einverstanden erklärt. (Berichterstatter Hilsebrandt und Wehr.)

5. Nach Abbruch der Häuser G. v. Witzstraße 23 und 24 soll die Straße dorthin gepflastert und reguliert werden, wozu die Summe von 500 M. erforderlich ist. Hierzu hat die Straßenbau-Kommission 1200 M. zu stellen, wozu die Witzstraße 23 zu bewilligen sind. Die Baukommission empfiehlt die Bewilligung. (Berichterstatter Dr. v. Holly.)

Auf die Anfrage des Hrn. Werther, ob nicht auch der Bürgersteig vor den Häusern Nr. 21 und 22 reguliert werde, erklärt Hr. Stadtschulrat v. Holly, daß dies nicht geschehen solle, wenn das Befriedige ganz bedeckt sei, was nicht der Fall ist. Der Magistrat-Entwurf wird angenommen und die durch die Herren Werther und Sachs angeregten Zusatzanträge, daß der Magistrat erachtet werde, vor Ausführung der Arbeiten die Wasser- und Gasleitung zu den neu zu bauenden Häusern an seiner Stelle herzustellen und eine zweckmäßige Veränderung in den Wasserleitungen vorzunehmen.

6. Der Etat für den Siedehausfonds wird in Einklang mit dem Ausgabe in Höhe von 18,300 M. angenommen. Die einzige Änderung gegen bisher ist die Einstellung von 300 M., welche auf Antrag des Gemeindefreiwirtschafters von Glauuda für

die Seelorge im Siedehaus und den künftig allmonatlichen Gottesdienst dorthin zu verlegen ist. (Hr. Dr. v. Holly.) Die Frage des Hrn. Dörmig, wie es mit der Erbauung des neuen Siedehauses stehe, für welche alle Vorarbeiten längst erledigt seien, beantwortet Hr. Oberbürgermeister Staube dahin, daß die Verlegung der Siedehäuser nach der in der Sitzung vorgetragenen Vorlage zu erfolgen werde, ob die Anlage nicht in ganz anderer Form herzustellen sei. Es werde mit Rücksicht auf den sehr schlechten Zustand des alten Siedehauses alles ausgetoben werden, um den Neubau mit dem nächsten Frühjahr zu beginnen zu können.

Der Hr. v. Holly teilt die Angelegenheit der Witzberger Mühlenwerke abgelehnten Vertrag über einen von derselben zu leistenden Beitrag von 1200 M. zur Unterhaltung des Straßenpflasters samt am 19. Juni 1890 ab, und der Magistrat beantragt die Verlängerung dieser Verträge vorläufig bis zum 1. April 1892. Von einer derartigen Verlängerung wird die Verwaltung nicht in Betracht gezogen, weil die freigelegten Angelegenheiten festgestellt sind, soll mit Rücksicht darauf jetzt abgelehnt werden, daß bis 1892 ein Ergebnis in den Verhandlungen über den Bau der Verbindungsbahn vom Sophienplatz nach dem Bahnhof zu erwarten ist.

Hr. v. Holly teilt die Anfrage an, ob nicht in derselben Weise, wie dies mit der Witzberger Mühle geschehen, auch andere größere Einrichtungen in der Umgegend angefallen werden könnten, einen Beitrag zur Unterhaltung des Pflasters der Stadt zu bezahlen. Nachdem Hr. Schliekmann die gesetzlichen Bestimmungen dieser Artigkeiten hervorgehoben hat, beantragt Hr. v. Holly, daß der Magistrat sich für eine Unternehmung in dieser Angelegenheit vornehmen zu lassen, angenommen. Der vorliegende Magistratsantrag wird ebenfalls angenommen. (Berichterstatter Hr. v. Holly.)

Hr. v. Hillmann berichtet über eine am 7. Dez. durch den Regierungsdirektor v. Hillmann vorgenommene Revision der Stadtkasse, die nach dem Ergebnis der Untersuchung in bester Ordnung befunden worden.

7. Gegen die in der Berlinerstraße zwischen der Friesen- und Dörmigstraße gelegene Fingerringe ist durch den Stadtverordneten v. Hillmann, Berichterstatter, ein Antrag gestellt worden, den Wegfall der Vorarbeiten dorthin erledigt werden zu lassen. Der Magistrat erkennt dem Antrag für die Verlesung ab und beantragt, daß jener Wegfall sofort aufgehoben und geändert werde, daß die Straße von dem Hrn. v. Holly bis zur Friesenstraße Vorarbeiten erhalten solle. Hr. v. Hillmann teilt die Verammlung mit dem Antrag zu, daß die Verlesung beantragt, bei der Heiligen Städtischen Volksschule mit dem 1. April 1890 den für die höheren Lehranstalten vorsehenden Normal-Clas zur Einführung zu bringen, wozu der Direktor ein Gehalt von 5100 M. und die 13 Lehrer ein Durchschnittsgehalt von 3100 M. mit dem Schuljahre von 4000 M. erhalten die Vorlage in dieser Weise genehmigt und begründen dieselbe damit, daß zu dem Ende die Schule ihre volle Einrichtung mit der Bildung der Prima erhalte und der Minister die Genehmigung für die der Schule ausstehende Veredelung zur Erweiterung von Bezugsstellen zum nächstjährigen Schuljahre abhängig gemacht hat, daß die Schule den Normal-Clas einziehe.

Die Finanzkommission, aus der Hr. v. Hillmann berichtet, hat sich nicht für die Annahme der Vorlage in der vorliegenden Gestalt erklären können, nachdem sie sich davon überzeugt hatte, daß der Minister mit dem Normal-Clas nur den für die Vorarbeiten und die höheren Lehranstalten meinte, für dessen Annahme die Stadt zu verpflichten verpflichtet ist. Dessen Clas gemäß schlägt die Finanzkommission vor, dem Direktor 4500 M. und den 13 Lehrern ein Durchschnittsgehalt von 2850 M. zu gewähren. Hierüber würden gegen die Vorlage 4500 M. gebahrt werden. Die Kommission glaubt ihren Vorschlag nur, aber eben nur, als einen vorläufigen Vorschlag des Berichterstatters zu betrachten. In den letzten Jahren bereits viel gelehrt, insbesondere vor einigen Wochen erst der Wohnungsanstalt dorthin werden nicht unerheblich erhöht werden ist.

Hr. Oberbürgermeister Staube erkennt an, daß ein Antrag für die Stadt nicht vorliege, den Clas in der Schule einzuführen, wie er für Gymnasien vorgeschrieben ist, doch hat der Antrag der Heiligschule an schon die Rede davon gewesen, daß mit dem jetzt zu erreichenden Standpunkte des Ausbaues der Schule der Normal-Clas für die höheren Lehranstalten eingeführt werden solle. Für die Heiligschule gebe es eigentlich keinen amtlich eingeführten Normal-Clas, weil es keine Klassen, sondern nur verschiedene Klassen gibt, die nicht von dem Minister anerkannt sind. Heiligschulen den Normal-Clas für Gymnasien angenommen, und es empfiehlt sich auch hier, weil die Lehrer der Heiligschule dieselbe Qualifikation haben, wie die Gymnasiallehrer und die Anzahl nur auf ihrer Höhe der Leistungen erhalten werden könne, wenn man in dem Besonderen. Der Unterschied in dem Gehaltsverhältnis der Lehrer der Finanzkommission gegen die Magistratsantrag ist so gering, daß man deshalb die Schule nicht schädigen dürfte.

Hr. Stadtschulrat Dr. Fräse weist darauf hin, daß mit dem Antrage der Finanzkommission zwei Kategorien von Lehrern höherer Lehranstalten gebildet werden, während doch beide gleiche Bildung haben, und die Heiligschule nicht von dem Minister nicht als gleichwertig mit dem Gymnasium gehalten werden, während sie doch für das Bürgerturn besondern Wert habe, wie das Gymnasium für die weitere wissenschaftliche Ausbildung, und weil sie eine abgeschlossene Bildung eher als das Gymnasium gewöhne.

Hr. v. Hillmann teilt die Angelegenheit der Heiligschule vor, die der Magistratsvorlage. Er stimmt der Ansicht der Finanzkommission darin bei, daß eine eigentliche Verpflichtung für die Stadt für eine höhere Gehaltsnorm nicht vorliege, auch bieten die jetzigen Gehaltsverhältnisse der Lehrer an der Heiligschule keinen dringlichen Grund zu einer Erhöhung in der vorgeschlagenen Weise, dennoch aber ist die Annahme der Magistratsvorlage nicht zu vermeiden. Es handle sich um die endgültige Gestaltung der Schule, und man sei dabei geneigt, die Lehrer der Heiligschule den Lehrern am Gymnasium gleich zu stellen. Das Ansehen der Lehrer ist zwar von ihrem Gehalte nicht abhängig, das zeigen die verschiedenen Begehren der Professoren an den Universitäten, andererseits ist aber auch die Verleihung, die man durch die Einstellung der Gehälter von der Schule erhalten, ist nicht mit dem Gymnasium, wenn auch für einen anderen Zweck, auf gleicher Stufe, und ebenso die Bildung der Lehrer beider Anstalten. Schließlich bittet der Hr. v. Hillmann um eine Erklärung vom Magistratsfähle darüber, ob es nicht möglich sei, für die Heiligschule ein höheres Gehalt zu setzen, als für die Gymnasien, für dieselben sei jedenfalls ein dringenderer Grund vorhanden als mit anderen Herren in der Verammlung um zu liefern für die Vorlage können, wenn auch in dieser Richtung eine gute Aussicht eröffnet werden könne.

Hr. Oberbürgermeister Staube beantwortet die Frage dahin, daß es ihm kaum möglich ersehe, daß für die Heiligschule ein Gehalt in dem höchsten Entbiete etwas erhalten würde, obwohl der Magistrat und die Schulkommission dieser Angelegenheit mit Wohlwollen gegenüber stehen. Das Bedürfnis einer Verbesserung der Gehälter müßte nach den Umständen aus 40-50 deutlichen Gulden wohl anerkannt werden, doch erfordert die Erfüllung der Gehälter der Heiligschule der Heiligschule einen Betrag von etwa 25,000 M., deshalb ist es nicht möglich, daß diese Klänge für das ganze Göttinger oder auch für einen Teil des Jahres erhalten werden könnten.

Hr. v. Holly teilt die Angelegenheit der Heiligschule vor, die der Magistratsvorlage eingereicht worden. Hr. v. Hillmann teilt die Angelegenheit der Heiligschule vor, die der Magistratsvorlage eingereicht worden. Hr. v. Hillmann teilt die Angelegenheit der Heiligschule vor, die der Magistratsvorlage eingereicht worden.

Hr. v. Hillmann teilt die Angelegenheit der Heiligschule vor, die der Magistratsvorlage eingereicht worden. Hr. v. Hillmann teilt die Angelegenheit der Heiligschule vor, die der Magistratsvorlage eingereicht worden. Hr. v. Hillmann teilt die Angelegenheit der Heiligschule vor, die der Magistratsvorlage eingereicht worden.

Table with 2 columns: 'Waren- und Produktberichte', 'Getreide'. Lists various goods and their prices, including wheat, rye, and other agricultural products.

Table with 2 columns: 'Getreide', 'Wolle'. Lists various goods and their prices, including wool, oil, and other commodities.

Table with 2 columns: 'Freudenliste', 'Ankündigungen'. Lists names of individuals and organizations, possibly related to a festival or event.

